

An die Anwohner von Atommüll-Transportstrecken:

Vorsicht Lebensgefahr!

3. Juni 1998 ICE-Katastrophe in Eschede
5. Februar 2000 ICE-Katastrophe in Köln-Brühl
9. September 2002 Zugunglück mit Gefahrgut bei
Bad Münster

Unvorstellbar das Szenario, wenn ein Atommülltransport, von denen Hunderte in den nächsten Jahren anstehen, mit einem ICE kollidieren würde!

Das Zugunglück von Bad Münster vor einem Jahr hat nochmals verdeutlicht, dass das Katastrophenmanagement mangelhaft ist.

Unsere Nachfragen haben ergeben, dass sich große Hilfsorganisationen überfordert sehen für den Einsatz bei schweren Unfällen mit Atomtransporten.

Katastrophenschutzpläne werden nicht öffentlich gemacht!

Einsatzkräfte vor Ort, die Feuerwehr, die Polizei, das THW etc. haben keine konkreten Einsatzpläne.

Nur über eines scheint Konsens zu bestehen: Im Falle eines schweren Unfalles müssten weite Bereiche um die Katastrophenstätte langfristig evakuiert werden.

Aber wie soll eine rechtzeitige Evakuierung von statten gehen, wenn die Gemeinden, die örtlichen Behörden und Einsatzleiter der Rettungsleitstellen über keine konkreten Vorgaben verfügen; wenn keine ausreichenden Transportmittel, Medikamente und Depots mit unverstrahlter Nahrung zur Verfügung stehen?

„Wie jede menschliche Hervorbringung wird die Technik niemals unfehlbar sein“. Bundespräsident Roman Herzog auf der zentralen Trauerveranstaltung der Eschede-Katastrophe in Celle am 21.06.1998.

„In einem so komplexen System wie einem Atomkraftwerk kann man nicht alle Details auf die Übereinstimmung zwischen den Sicherheitsnachweisen und Bauplänen und der Betriebsrealität vergleichen.“

Michael Sailer, Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, zu dem Skandal im Frühjahr 2003 als im AKW Biblis A nach 29 Jahren (!) entdeckt wurde, dass das Notkühlsystem nicht der Betriebsgenehmigung entspricht.

Der oberste amtliche Atomexperte sagt uns damit nichts anderes, als dass die Menschheit auf einem nuklearen Pulverfass sitzt.

Der von der Bundesregierung behauptete "Atomausstieg" findet nicht statt, die Atommüll-Transporte gehen weiter. Hierzu die folgenden Hinweise:

1. Die AKW-Betreiber freuen sich über den sogenannten "Atomkonsens".

Repräsentativ ist das Statement von Otto Majewski, Präsident der Lobbyisten-Vereinigung Deutsches Atomforum:

„Unser erklärtes Ziel, die deutschen Kernkraftwerke zu wirtschaftlich akzeptablen Bedingungen weiterhin nutzen zu können, haben wir erreicht. Die rot-grüne

Bundesregierung wäre durchaus in der Lage gewesen, den Bestand und den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke nachhaltig zu beeinträchtigen.“

2. Die Kapazität der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage (UAA) im westfälischen Gronau soll massiv von 1800 auf 4500 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr erhöht werden, das reicht für die Versorgung von ca. 35 Atomkraftwerken. Die Atomtransporte steigen entsprechend.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001 stellte die Bundesregierung fest, dass keines der deutschen Atomkraftwerke, atomaren Zwischenlager oder anderer nuklearer Einrichtungen gegen den Absturz eines Jumbo-Jets gesichert ist. Mehr Polizei und Staatssicherheitsbedienstete sind eine hilflose und inkompetente Antwort. Nur die sofortige Stilllegung sämtlicher Atomanlagen kann mittelfristig das tödliche Potenzial dieser Technologie, das ganz Europa unbewohnbar machen kann, eingrenzbar machen.

Jüngst haben wissenschaftliche Erkenntnisse ergeben, dass die Materialermüdung in Atomanlagen unterschätzt wurde. Der Betrieb von AKWs und die Atommülltransporte, die uns mindestens noch 30 Jahre (!) Sorgen bereiten, werden also bei fortschreitender Materialermüdung von Jahr zu Jahr riskanter. Die Risikoabschätzung bei Betriebsstörungen, Terroranschlägen und Transportunfällen muss umgehend neu bewertet werden.

Es ist dringend notwendig, diese ständige Bedrohung, die auch jederzeit durch Ihre Gemeinde rollen kann, auf die politische Tagesordnung zu setzen:

- 1 Fordern Sie die Einstellung sämtlicher Transporte mit hoch- und mittelradioaktivem Material durch ihr Gemeindegebiet
- 2 Fordern Sie Verwaltung und Politik auf, realistische Katastrophenschutzpläne zu erstellen und zu veröffentlichen
- 3 Verlangen Sie eine Maßnahmenbroschüre für alle Haushalte, damit nicht falsch und chaotisch im Ernstfall reagiert wird
- 4 Informieren Sie sich, z.B. : [www. bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)
- 5 Werden Sie aktiv wider dem „Blinden Vertrauen“ in die Politik und der Unfehlbarkeit der Technik

Quelle:

Otto Majewski, zitiert nach „Einstieg oder Ausstieg?“ - Fragen und Antworten zum "Atomkonsens", Tolstefanz-Verlagsprojekt, A-6-Broschüre, Jahr 2000